

das Land ausüben. Die Petition solle im November von dem Leiter des UN-Tribunals für Kriegsverbrechen in Sierra Leone und Menschenrechtsanwalt, Geoffrey Robertson, eingereicht werden. Allerdings wird es vermutlich erst bei der jährlichen Sitzung der Kommission im April 2004 zu einer Anhörung kommen. Zudem beabsichtigen die beiden Anwälte Zhang Cuiyings, den Fall auch vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag zu bringen. (Xinhua, 15.8.03, nach BBC PF, 16.8.03; XNA 15.8.03; WSJ, 15., 27.8.03; RTBF Radio 1 Brussels, 20.8.03, nach BBC PF, 21.8.03; *De Standaard*, 22.8.03, nach BBC PF, 23.8.03) -bk-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

13 Chinesische Führung studiert die Bedeutung der Kultur

Bereits unmittelbar nach dem XVI. Parteitag wurde seitens der neuen politischen Führung auf die Bedeutung der kulturellen Modernisierung für den weiteren wirtschaftlichen Aufbau Chinas hingewiesen (vgl. C.a., 2002/12, Ü 20). Dabei hat sie zumindest zwei Ziele im Auge: die geistig-kulturelle Absicherung ihrer Macht und eine international wettbewerbsfähige Kulturindustrie. Zum einen geht es um die Adaption der traditionellen und der sozialistischen chinesischen Kultur an die gegenwärtigen Bedingungen, um das Feld nicht den modernen westlichen Kulturströmungen zu überlassen, die von der „Kaffeekultur“ der Starbucks-Kette bis zur modernen Rockmusik reichen und nicht nur in den aufstrebenden Mittelschichten dankbare Abnehmer haben. Zum anderen wird angestrebt, der chinesischen Kulturindustrie den chinesischen Markt angesichts seiner Öffnung nach dem WTO-Beitritt zu erhalten und Anteile am internationalen Kulturmarkt zu erkämpfen. Allein Chinas Bevölkerung werde im Jahr 2005 für 550 Mrd. RMB Yuan Kulturprodukte konsumieren.

Beide Ziele stehen in einem gewissen Widerspruch zueinander, zumal unklar bleibt, wieweit die Führung bereit ist, die traditionelle Kulturauffassung wirklich anzupassen. Mit der Steigerung des materiellen Wohlstandes – so stellte die Nachrichtenagentur Xinhua unter Berufung auf den Staats- und Regierungschef Hu Jintao fest – nehmen auch die Ansprüche an das geistige und kulturelle Leben zu; und diesen Ansprüchen werden die entsprechenden Güter in China nicht unbedingt gerecht. Wenn China im internationalen Wettbewerb mithalten wolle, müsse es eine Renaissance der chinesischen Nation geben, deren Stärke bestimmt werde durch die Entwicklung innovativer Kapazitäten auf den Gebieten des Wissens, der Naturwissenschaft und Technologie sowie der Kultur, durch ideologische und ethische Standards sowie wissenschaftliche und kulturelle Qualitäten. Notwendig sei die Schaffung einer fortgeschrittenen Kultur, also einer nationalen, wissenschaftlichen und populären sozialistischen Kultur, die sich an der Modernisierung, der Welt und der Zukunft ausrichtet, die geistige Welt der Bevölkerung ständig bereichert und so ihre geistige Stärke steigert. (XNA, 20.07.03, nach BBC APF, 23.07.03)

Diese Problematik war auch Gegenstand der siebten gemeinsamen Studiensitzung des Politbüros der KPCh, die am Morgen des 12. August unter Leitung von Generalsekretär Hu Jintao stattfand (GMRB, 13.8.2003). Dieser betonte nachdrücklich, dass die Entwicklung einer sozialistischen Kultur und der Aufbau einer sozialistischen geistigen Zivilisation eine unmittelbare Forderung für die Schaffung einer Gesellschaft von umfassendem bescheidenen Wohlstand seien, für die das Denken der „Drei Repräsentationen“ die Grundlage lieferten. Die relativ „geschraubte“ Formulierung macht deutlich, dass sich die politische Führung derzeit ideologisch in einer nicht einfachen Situation befindet. Sie knüpft an die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen Deng Xiaopings an („bescheidener Wohlstand“, *xiaokang shehui*), entwickelt diese weiter („umfassend“, *quanmian*) und versieht sie mit neuen, eben auch kulturellen Akzenten zur „großen Renaissance der chinesischen Nation“ (*Zhonghua minzu weida fuxing*) und bettet all dies

ein in die vom vorherigen Generalsekretär Jiang Zemin entwickelten ideologischen Richtlinien (*sange daibiao*).

Die Studiensitzung sollte dementsprechend den Beteiligten drei Dinge klarstellen: die strategische Bedeutung des verstärkten kulturellen Aufbaus, den Stand der weltweiten Entwicklung der Kulturindustrie und die Strategie zur Entfaltung einer chinesischen Kulturindustrie. Zum ersten Thema sprach Hu Jintao selbst, die anderen beiden wurden von Zhang Ximing, Wissenschaftler am Institut für Medienstudien der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, und Prof. Xiong Chengyu von der Fakultät für Medien und Rundfunk an der Qinghua Universität vorgetragen.

Hu machte deutlich, dass es den chinesischen Kommunisten angesichts der Interaktion verschiedener Ideologien und Kulturen in der heutigen Welt darum gehen müsse, die Hoffnungen und die Kraft der ganzen Nation und aller ethnischen Gruppen auf das Ziel der Errichtung einer Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand zu konzentrieren. Dafür sei die Schaffung einer sozialistischen Kultur mit chinesischen Charakteristiken essenziell. Festhalten müsse man dabei an den grundlegenden ideologischen Leitlinien der Lehren des Marxismus-Leninismus, der Mao-Zedong-Ideen sowie der Deng-Xiaoping-Theorie und die wichtigen Gedanken zu den „Drei Repräsentationen“ müssten die Richtschnur sein. Man müsse von den chinesischen Bedingungen ausgehen und die chinesische Kultur als Hauptfaktor sehen, sich daraus in dialektischer Weise das Gute auswählen, zusätzlich die nützlichen Ergebnisse der kulturellen Entwicklung im Ausland aktiv absorbieren und schließlich eine prosperierende Kultur in China entwickeln. Dies schließe auch die Übernahme aller Managementmethoden ein, die für den Ausbau der Kulturindustrie von Nutzen sind.

Dass man sich dabei auf einem schmalen Grad bewegt, machte Hu ebenfalls deutlich: Keinesfalls dürften kulturelle Konzepte (gemeint ist: aus dem Westen) unterschiedslos kopiert oder einfach imitiert werden. Auch müsse man wachsam sein, dass das Denken der Kader und Massen nicht durch korrupte und rückständige Konzepte auf-

geweicht werde. Es gelte die kulturelle Sicherheit und soziale (!) Stabilität der Nation zu gewährleisten. Hier dürften die chinesischen Politiker auch oder sogar besonders die Jugend im Blick haben. Eine Untersuchung unter 2.965 Beijinger Schülern der Mittelstufe ergab, dass sich diese mehrheitlich mit 67,4% für Filmhighlights aus Hollywood interessieren, wobei die wahren Gründe eher verschleiert werden, wenn dies laut Umfrage zu 47,5% auf die „professionelle Photographie und die guten audio-visuellen Effekte“ und zu 41,2% auf die „gute Story“ zurückgeführt wird. Auch dient es wohl vornehmlich der Selbstberuhigung, wenn gesagt wird, dass nur 13,1% die in den Filmen gezeigten „fremden Kulturen und Lebensstile“ mögen würden. Dass die meisten Teenager zwischen der traditionellen chinesischen, einer marktwirtschaftlichen und der westlichen Kultur schwanken, begründet die Autorin der Untersuchung, die Professorin Pei Dina von der Beijing Normal University, erstaunlicherweise mit deren Präferenz für persönliche Beziehungen in der Marktwirtschaft, die mehr Erfolg brächten als harte Arbeit, ihrer Abneigung gegen Hausarbeit und ihrer bekundeten Weigerung, in der Armee zu dienen. Unabhängig von der Glaubwürdigkeit dieser Argumente dürfte die Schlussfolgerung zutreffen, dass mit der wirtschaftlichen Transformation Chinas und dem Eindringen westlicher Kultur die traditionellen Werte in Frage gestellt werden. (XNA, 12.8.03)

Der schmale Grad, auf dem sich die KP in ihrer Kulturarbeit bewegt, wurde auch bei anderen Gelegenheiten in den letzten Monaten offenbar. So beschäftigt sich der erwähnte Xinhua-Kommentar vom 20.07. nicht nur mit dem Zusammenhang von materieller und geistiger Zivilisation, sondern hebt auch die Verbindungen zur politischen Zivilisation hervor. Nur die koordinierte Entwicklung aller drei Bereiche führe zum Fortschritt menschlicher Zivilisation. In diesem Sinne sei auch die Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie notwendig, ein Gesichtspunkt, der auch von chinesischen Intellektuellen und Medien aufgegriffen wurde. Die entsprechenden Diskussionen und Forderungen zur Ausweitung politischer Reformen wurden inzwischen wieder einge-

schränkt (vgl. „Weitere Kommerzialisierung in den Printmedien“ in diesem Heft).

Bereits Ende Juni hatte auch Li Changchun, Mitglied des Ständigen Komitees des ZK, zur Reform des politischen Systems gesprochen (GMRB, 30.06.03). Er hatte mit seiner Rede eine landesweite Konferenz in Beijing eingeleitet, die vom 27.-28. Juni stattfand und sich mit Pilotprojekten zur Reform des Kultursystems befasste. Mit Hilfe dieser Pilotprojekte, die nicht näher erläutert wurden, sollen theoretische und praktische Erkenntnisse gewonnen werden, um schließlich einen Masterplan zur Reform des Kultursektors zu erarbeiten. Übergeordnetes Ziel ist die Schaffung einer starken, vitalen, wettbewerbsfähigen und blühenden Kultur, die die Bedürfnisse der Bevölkerung zufrieden stellen kann. Dies schließt entsprechende Verwaltungsmethoden und operative Mechanismen ein, mit deren Hilfe die Partei ihre Anleitungsfunktion stärken und verbessern kann. Die staats-eigenen Kultureinrichtungen sollen die Hauptakteure bleiben, zugleich aber sollen die Ressourcen aller sozialen Bereiche vollständig mobilisiert werden, um innovativ und kreativ neue Produkte zu schaffen. Li betonte: „Kultureller Aufbau spielt eine grundlegende und strategische Rolle bei der Förderung wirtschaftlichen Wachstums, der Vermehrung umfassender nationaler Stärke, der Beteiligung am internationalen Wettbewerb, der Herausbildung eines Nationalgeistes, der Verbesserung der Qualität des Volkes und der Befähigung der Gesellschaft zu umfassendem Fortschritt.“

Dass es bei dieser Reform auch um Marktanteile geht, macht Lis Aussage deutlich, man solle die traditionellen Ansichten von kultureller Entwicklung aufgeben, die von der Planwirtschaft geprägt seien, und solche annehmen, die im Einklang mit der derzeitigen sozialistischen Marktwirtschaft stünden. Die Partei will z.B. angesichts der wachsenden Konkurrenz durch Hollywoodfilme und fremde Medien nach dem WTO-Beitritt ihren Einfluss auf Film und Fernsehen nicht verlieren, wie auch die Einschränkung der im Zuge der SARS-Krise kurzfristig aufblühenden kleinen Freiheiten zeigte. Zugleich will sie sich – auch im Ausland – als modern präsentieren. Eine

im Pompidou Center in Paris eröffnete Ausstellung z.B., die mit offizieller Unterstützung bis zum 12. Oktober Installationen und Gegenstände aus den Bereichen Kunst, Architektur, Musik und Kino zeigt, hat zum Ziel, das gegenwärtige China als ein Land der Gegensätze zu präsentieren, das gewaltige Veränderungen durchmacht. (IHT, 2.08.03)

Gewisses Aufsehen erregte eine Passage in Lis Rede, in der er davon sprach, das sich alle im Kultursektor von einem falschen und dogmatischen Verständnis des Marxismus befreien müssten (ST, 1.07.03, „Beijing pledges to take Marxism out of art“). Dass dies keineswegs eine Abkehr von der sozialistischen Ideologie bedeutet, sondern im Einklang mit deren seit langem betriebenen Anpassung an die veränderten politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse steht, hat nicht nur Hu Jintao in seiner Rede zur Kultur deutlich gemacht, sondern auch das Propagandaministerium unter Leitung von Liu Yunshan mit seinen Einschränkungen der Presseberichterstattung. Und nicht zuletzt treibt Li selbst die Reorganisation der staatlichen Presse voran (vgl. C.a., 2003/6, Ü 10). -gs-

14 Neue Heiratsbestimmungen betonen Eigenverantwortung

Am 18. August wurden vom Staatsrat neue „Regeln zur Heiratsregistrierung“ veröffentlicht, die am 30.7. verabschiedet worden waren und am 1. Oktober in Kraft treten werden (chin. Text: <http://www.sinolaw.net.cn/news/flfw/xfsd/2003818164425.htm>). Sie waren zunächst in Shenyang (Provinz Liaoning) erprobt worden und sollen den chinesischen Bürgern mehr Eigenverantwortung bei einer Eheschließung übertragen, die Privatsphäre besser schützen und die Registrierung vereinfachen. Bisherige Gesetzesänderungen hatten den Privatbereich stets ignoriert.

Bisher mussten Heiratswillige bei der Registrierung Zustimmungen der anstellenden Einheit (*danwei*) oder des Nachbarschaftskomitees vorlegen sowie sich einer obligatorischen Gesundheitsuntersuchung unterziehen. Technisch hatte die Einheit nur zu bestätigen, dass die Person noch nicht verhei-

ratet war. Praktisch nahm sie Einfluss auf die Lebensplanung ihrer Arbeitnehmer und setzte so politische Richtlinien durch, wie z.B. die zur möglichst späten Heirat.

Nach den neuen Regeln entfällt diese Einflussnahme. Zukünftige Ehepartner können unter Vorlage ihrer örtlichen Registrierungsdokumente (*hukou*), ihres Personalausweises sowie einer eigenen Bestätigung, dass sie unverheiratet und nicht miteinander verwandt sind, ihre Heirat registrieren lassen. Ein Gesundheitszertifikat ist nicht mehr notwendig, eine freiwillige Untersuchung wird allerdings angeraten, da die Ehe von vornherein ungültig wäre, sollte sich nachher herausstellen, dass einer der Partner eine schwere Krankheit verschwiegen hatte. Nicht genehmigt wird eine Heirat, wenn einer der folgenden fünf Umstände vorliegt: Einer oder beide Partner haben das gesetzliche Heiratsalter nicht erreicht (22 Jahre für Männer, 20 für Frauen), heiraten nicht freiwillig, sind bereits verheiratet, leiden an einer Krankheit, die die Heirat ausschließt, oder sie sind Blutsverwandte. Die Registrierung selbst wird nicht mehr von den Nachbarschaftskomitees, sondern von den Einwohnerbehörden auf der Gemeinde- oder Stadtebene vorgenommen. In ländlichen Gebieten können auch Registrierungsbüros eingerichtet werden.

Mit der Umsetzung der neuen Regeln soll auch eine Datenbasis für die registrierten Hochzeiten aufgebaut werden, um einerseits Polygamie zu unterbinden, andererseits aber auch die Neuerung verloren gegangener Heiratsdokumente zu ermöglichen, die den Eheleuten ausdrücklich zugestanden wird.

Neu geregelt und von bürokratischer Kontrolle befreit wird auch die Scheidung. Hier wird ebenfalls der Einfluss der *danwei* beendet, die bisher eine Stellungnahme verfassen musste und sich so massiv in das Privatleben einmischen konnte, das vor der Öffentlichkeit nicht geschützt war. Auch müssen die Scheidungswilligen nicht mehr einen Monat für die Überprüfung ihres Wunsches warten; es reicht die persönliche Anwesenheit beider Partner bei der Registrierungsbehörde, die Vorlage aller Dokumente (*hukou*, Personalausweis,

Heiratsurkunde) und eine von beiden unterzeichnete Scheidungserklärung. Nicht genehmigt wird die Scheidung, wenn einer der beiden Partner nicht einverstanden ist, seiner zivilen Rechte verlustig ist oder die Heirat nicht auf dem Festland geschlossen wurde.

Mit den neuen Regeln reagiert die Regierung nicht nur auf den steigenden Wunsch der chinesischen Bürger nach Eigenverantwortung, sondern auch auf die veränderten gesellschaftlichen Strukturen. Vor allem hat die *danwei* mit der wachsenden beruflichen Mobilität in den letzten Jahren kontinuierlich an Gewicht verloren oder kann bei Wanderarbeitern und Job-Hoppern überhaupt keine Aussagen zu deren Lebensumstände mehr treffen. Auch hat sich das Sexualverhalten der Chinesen merklich geändert. So hatten z.B. im Jahr 1998 noch 8,916 Mio. Paare die Ehe geschlossen, im Jahr 2002 war die Zahl der Registrierungen aber um 1 Mio. auf 7,86 Mio. gesunken. Demgegenüber blieb die Zahl der Scheidungen in den letzten fünf Jahren relativ stabil bei etwa 1,2 Mio., wobei sie 2001 den Spitzenwert von 1,25 Mio. und 2002 mit 1,177 Mio. den niedrigsten Wert erreichte. Die neuen Regeln sollen angesichts dieser Situation die Heiratschließung erleichtern, erklären aber zugleich explizit, dass unverheiratete Paare ihre Rechte und Interessen nicht durch das Gesetz geschützt sehen können.

Umstritten war im Vorfeld die Aufhebung der obligatorischen Gesundheitsprüfung. Einerseits bedeutete sie einen massiven Eingriff in die Rechte der Bürger und wurde von den Krankenhäusern auch für zusätzliche Geldeinnahmen genutzt, ohne dass immer verlässliche Ergebnisse geliefert wurden. Andererseits wird mit ihrer Abschaffung ein Anstieg von Krankheiten befürchtet. Prof. Wu Changzhen, Experte für Eherecht an der Universität für Politische Wissenschaft und Recht und maßgeblich beteiligt an der Erstellung der neuen Regeln, sieht dementsprechend stärkere Gesundheitskontrollen bei Schwangerschaften und Geburten voraus.

Als Zeichen des „humaneren“ Ansatzes der neuen Regeln wurde bei der Namensgebung auch auf den Bestand-

teil „Verwaltungs-“ verzichtet. Da dennoch bürokratischer Missbrauch befürchtet wird, wird die Erhebung von „Zusatzgebühren“ ausdrücklich untersagt. Verwaltungskräfte, die dafür verantwortlich sind, sollen disziplinarisch bestraft werden und müssen die erhobenen Gebühren erstatten. (RMRB engl. online, 13., 22.8.2003; XNA, 14., 18., 19., 20.8.2003) -gs-

15 Frauenkongress

Vom 22. bis zum 26. August fand in Beijing der 9. Nationale Frauenkongress statt, die Delegiertenversammlung des Allgemeinen Chinesischen Frauenverbandes (All-China Women's Federation, ACWF), der alle fünf Jahre tagt. Seine Aufgabe ist es, den Arbeitsbericht des alten Exekutivkomitees entgegenzunehmen und ein neues zu wählen sowie Maßnahmen für die weitere Förderung der Frauen in China zu entwerfen. Der Kongress dieser staatlichen Interessenvertretung der Frauen fand unter Beteiligung zahlreicher Führungspersonen statt, darunter des Generalsekretärs Hu Jintao, der sich im Anschluss auch mit der neuen Vorsitzenden und anderen Frauendelegierten informell traf und eine „wichtige Rede“ hielt, über die aber keine Einzelheiten bekannt wurden.

Sowohl von Hu als auch von Li Changchun, Mitglied des Ständigen Komitees des Politbüros, der die Begrüßungsrede hielt, wurde die besondere Rolle der Frauen für den Aufbau einer Gesellschaft mit umfassendem bescheidenen Wohlstand betont. Li wies dabei mit Stolz auf die Rolle der weiblichen Mediziner bei der Bekämpfung von SARS hin, womit diese „der Welt ein ganz neues Bild von der heutigen chinesischen Frau als zugleich intelligent und mutig“ gezeigt hätten – wenn die Frauen voll ins Spiel gebracht werden, bedeute dies einen machtvollen Impetus für die kontinuierliche Entwicklung Chinas. Li hob dann drei „Hoffnungen“ hervor, die die Partei an die Frauen habe: Dass sie das Schicksal der Nation zu ihrem machen und neue Anstrengungen für den Aufbau der Gesellschaft unternehmen, dass sie dabei entscheidend zur Entwicklung guter moralischer Werte und einer sozialistischen geistigen Zivilisation bei-

tragen und dass sie sich den Anforderungen der Wissensgesellschaft entsprechend zu modernen neuen Frauen entwickeln, die die „Beziehungen zwischen Lernen, Arbeiten und Familie angemessen regeln“. Zwar rief Li unter Berufung auf Hu die Parteiorgane dazu auf, die Frauen auf allen Ebenen zu unterstützen, die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen durchzusetzen und allen altmodischen Ideen und Diskriminierungen entschieden entgegenzutreten, aber erstaunlicherweise ging er in seiner Ansprache in keiner Weise auf die immer noch bestehenden Benachteiligungen ein, geschweige denn, dass er konkrete Hilfe versprach. So überließ er es auch ganz allein den Frauen, Lernen, Arbeit und Familie in Einklang zu bringen.

Für das Exekutivkomitee der ACWF berichtete Gu Xiulian, bisherige Vizepräsidentin und neu gewählte Präsidentin, vor 1.370 Teilnehmerinnen über die bisherige Arbeit. Neben 110 Gästen, darunter 38 aus Hongkong und Macao, nahmen 1.260 offizielle Delegierte teil. Das von diesen 1.168 oder 92,7% einen Hochschulabschluss hatten, wurde als Beweis für die Verbesserung des allgemeinen Bildungsniveaus der Frauen gewertet; fünf Jahre vorher waren es nur 86,7% gewesen.

Die Abschlussitzung fand unter Beteiligung von Wu Yi statt, die als Mitglied des Politbüros, stellvertretende Premierministerin und u.a. Verantwortliche für die Bekämpfung von SARS als Vorzeigefrau diente. Sie bescheinigte allen Partei- und Regierungsorganisationen, die Sache der Frauen korrekt und bewusst vertreten zu haben, forderte aber auch, sich der Dinge anzunehmen, die von der Öffentlichkeit immer wieder bemängelt werden. Die neue Vorsitzende Gu forderte zu einer noch breiteren Teilnahme an der „Drei-Schaffen-Kampagne“ auf: Die „Schaffung neuer Positionen, neuer Errungenschaften und eines neuen Lebens“ müsse das Ziel der Anstrengungen aller Frauenorganisationen der ACWF sein.

Während des Kongresses wurden von den verschiedenen Rednerinnen zahlreiche Aspekte zur Lage der Frauen in China hervorgehoben, wobei diese ein weitgehend positives Bild von der Situation der Frauen und der Arbeit der ACWF zeichneten:

- Staatlicherseits wurden zahlreiche Institutionen geschaffen und Programme aufgelegt, um die Lage der Frauen zu verbessern. Auf das 2000 erfolgreich beendete Programm für die Entwicklung der chinesischen Frauen sei ein weiteres für die Zeit bis 2010 gefolgt, das derzeit umgesetzt werde und die Bereiche politische Partizipation, Wirtschaft, Bildung, Gesundheit, Recht und Umwelt für die Entwicklung der Frauen als prioritär definiere. Dieses Programm sei integriert in den Plan zur nationalen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Speziell für seine Umsetzung sei das Nationale Arbeitskomitee für Frauen und Kinder von der Regierung eingerichtet worden, das mit der Ausweitung seiner Abteilungen auf inzwischen 32 in nahezu allen funktionalen Abteilungen des Staatsrats vertreten sei, darüber hinaus mit Arbeitskomitees auch in allen Provinzen sowie in über 90% der Präfekturen und Kreise. 2001 wurde weiterhin eine Koordinationsgruppe für die Rechte der Frauen und Kinder gebildet, die ebenfalls Vertretungen in den Regierungsabteilungen sowie auf Provinz- und Präfektorebene habe.
- Es wurde und wird ein umfassendes gesetzliches Regelwerk zum Schutze der Frauen geschaffen, an dessen Formulierung der Frauenverband maßgeblich beteiligt sei. Dies gelte vor allem auch für das Gesetz zur Geburtenplanung und das Ehegesetz von 2001.
- Immer mehr Frauen übernehmen politische Ämter: Sieben haben Posten in der obersten Staats- und Parteiführung und 14 Ministerposten in Abteilungen des Staatsrats. Gu Xiulian präsentierte noch zahlreiche weitere Zahlen, darunter dass über 600 Frauen Delegierte des 2.985 Mitglieder zählenden 10. NVK seien. Insgesamt ist deren Zahl jedoch, so wurde auch betont, noch sehr gering und erreicht bei weitem nicht die 30%, die seitens der Vereinten Nationen als Ziel für den Anteil von Frauen in Regierungen und Politik gesetzt wurden. In Stadtregierungen z.B. sind auf der Ebene der Büroleiter nur 16,7% und auf der Ebene der Abteilungsleiter nur 24,4% der

- Kader weiblich; letzterer Wert ist der höchste, der auf einer Verwaltungsebene erreicht wird.
- Der Bildungsstand der Frauen steige: 43,95% aller Studenten im tertiären Bildungssektor seien weiblich, insgesamt 3,97 Mio. Damit haben Hochschulen und Universitäten 2,67 Mio. Studentinnen mehr als noch vor fünf Jahren.
- Die Gesundheit der Frauen habe sich merklich verbessert, u.a. durch den Ausbau der prä- und postnatalen Betreuung, die 86% der Frauen erreiche. 12% mehr Babies als noch vor fünf Jahren werden in Krankenhäuser geboren, 78,8% von allen. Und die durchschnittliche Lebenserwartung der Frauen habe sich auf 73,6 Jahre erhöht und sei damit 3,8 Jahre höher als die der Männer.
- Im Unterschied zu islamischen Ländern könnten in China auch Frauen Imame werden; es gebe sie bereits – wenn auch in geringer Zahl – in den Provinzen Ningxia, Gansu, Qinghai und Yunnan. In Ningxia z.B. seien von 5.000 registrierten Imamen 30 weiblich.

Allerdings wurden auch einige negative Seiten im Leben chinesischer Frauen genannt:

- Die größte Hürde für die umfassende Verbesserung ihres Lebens sei die Armut, besonders in ländlichen Gebieten.
- Arbeitslosigkeit betreffe bevorzugt Frauen. 2001 seien in den Städten 3,33 Mio. Frauen ohne Job gewesen. Tatsächlich dürfte die Zahl wesentlich höher liegen, da sich erstens viele Frauen gar nicht als arbeitssuchend registrieren und zweitens die Zahl der Arbeitslosen insgesamt durch die Art ihrer Definition und statistischen Erfassung stark nach unten korrigiert ist.
- Überhaupt bestehe immer noch eine große Lücke hinsichtlich der Karrierechancen von Männern und Frauen. Dazu trage auch bei, dass die soziale Absicherung von Frauen geringer sei.
- Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz und Gewalt in der Ehe seien weit verbreitet. Eine Untersuchung in den Provinzen Gansu,

Hunan und Zhejiang habe z.B. ergeben, dass es in einem Drittel der Familien zur Gewaltanwendung komme und dann in 85% der Fälle die Frauen die Opfer seien. Scheidungsfälle würden außerdem zeigen, dass Frauen nach wie vor über geringere finanzielle Mittel verfügten als Männer.

- Problematisiert wurde auch das frühere Rentenalter von Frauen. Es würde diesen Berufsmöglichkeiten nehmen und zahlreiche Talente verschwenden, wenn sie in der Regel fünf bis zehn Jahre vor den Männern in den Ruhestand treten. Dies führe z.B. dazu, dass die Zahl der weiblichen Ingenieure in den letzten Jahren abgenommen habe. Es sei im Übrigen auch einer der Gründe, warum es weniger weibliche Beamte in den Regierungen gebe.
- Ausdruck der Geringschätzung von Frauen sei das sich immer weiter verschlechternde Geschlechterverhältnis. In anderen Ländern betrage das Verhältnis weiblicher zu männlicher Neugeborener gewöhnlich 100:105-107, in China habe es schon 100:119,2 erreicht. Obwohl es verboten sei, würden mit Hilfe der modernen Medizin (Ultraschall) auch weiterhin Mädchen selektiv vor der Geburt abgetrieben. Ärzte würden dafür bis zu 120 US\$ an illegalen Gebühren verlangen.

Der Frauenkongress beschloss für die nächsten fünf Jahre ein Programm mit sechs Hauptaufgaben, die sich verständlicherweise an der oben bereits angedeuteten Agenda ausrichten.

- Oberste Aufgabe soll sein, die Berufschancen der Frauen zu erweitern und ihre Teilnahme am Erwerbsleben zu erhöhen. U.a. stellt die ACWF Ausbildungsmöglichkeiten für arbeitslose Frauen und gibt Kredite bei geplanter Selbstständigkeit. Auch will sie ländlichen Frauen dabei helfen, Beschäftigung im nicht ländlichen Sektor in den Städten und Kleinstädten zu finden.
- Die Zahl der Frauen, die sich in wirtschaftlichen Schwierigkeiten und in Armut befinden, soll entscheidend reduziert werden.

Die ACWF hilft schon seit längerem mit Kleinkrediten an Frauen (bereits über zwei Mio. Frauen sollen Kredite erhalten haben); auch organisiert sie in Westchina Unterstützung bei der Versorgung mit Trinkwasser („Mothers' Water-Cellars“-Projekt).

- Die Zahl der Frauen in politischen Positionen soll erhöht werden.
- Das Bildungsniveau der Frauen soll gesteigert werden. Ca. 36,1 Mio. US\$ wurden bisher gesammelt, um 750.000 Mädchen, die die Schule vorzeitig verlassen hatten, wieder in den Unterricht zurückzubringen.
- Die Gesundheitsversorgung von Frauen soll verbessert werden.
- Und nicht zuletzt sollen die Rechte der Frauen besser geschützt werden. So wurde u.a. verkündet, dass China ein spezielles Gesetz zum Verbot sexueller Belästigung plane, an dessen Formulierung sich die ACWF beteiligen werde. Bisher gebe es nur innerhalb des Strafrechts entsprechende Bestimmungen. Das Frauenentwicklungsprogramm bis 2010 sehe vor, das Verbot von Gewalt gegen Frauen gesetzlich zu verankern. Erste Regeln gebe es schon auf lokaler Ebene. In dieser Frage werde die Regierung nicht nur von der ACWF, sondern auch von NGOs unterstützt. Ende 1999 z.B. habe das China Law Institute als Erstes NGO-Programm seiner Art das „Anti-Family Violence“-Programm beschlossen. (XNA, 14., 15., 19., 21., 22., 24., 26., 27.8.03; SCMP, 15.8.03; WSJ, 14.8.03; RMRB engl. online, 12., 25.8.03) -gs-

16 Neue Regeln zur Familienplanung in Beijing

Nachdem das neue Gesetz zur Familienplanung im September 2002 in Kraft getreten ist, haben zahlreiche Lokalregierungen entsprechende regionale Bestimmungen zur Umsetzung erlassen. In Beijing werden solche neuen Regeln zum 1.9.2003 gültig, die in einigen Fällen die Zeugung eines zweiten Kindes leichter ermöglichen. So war und ist die Zeugung eines zweiten Kindes in insgesamt neun Fällen erlaubt, z.B.

- wenn ein Paar nur ein Kind hat, dieses aber (nicht erblich) derart behindert ist, dass es nie eine normale Arbeit aufnehmen können,
- wenn die beiden Ehepartner selbst Einzelkinder sind,
- wenn sie für steril erklärt wurden, die Frau aber nach Adoption eines Kindes doch schwanger wird,
- wenn sie vor dem Umzug nach Beijing im Gebiet einer nationalen Minderheit die Erlaubnis zu einem zweiten Kind erhalten hatten,
- wenn ein Mann vom Lande eine Frau ohne Brüder heiratet, zu der Familie der Frau zieht und schriftlich versichert, deren Eltern zu unterstützen oder
- wenn zwei oder mehr Brüder vom Lande kommen, nur ein Paar ein Kind bekommen konnte und die anderen Brüder keines adoptieren.

Bisher mussten zusätzlich zu diesen Bedingungen noch zwei weitere zutreffen: Der Abstand bis zum zweiten Kind musste vier Jahre betragen und die Frau musste mindestens 28 Jahre alt sein. In Zukunft muss nur noch eine der beiden erfüllt sein. Die Begründung dafür lautet, dass die Mütter dann erstens zu alt sein könnten und man zweitens die Gesundheit von Mutter und Kind bei zu hohem Lebensalter gefährdet sehe. Die Nachrichtenagentur Xinhua weist in diesem Zusammenhang aber auch auf die sinkende Wachstumsrate der Beijinger Bevölkerung hin, vom 1.11.1999 bis zum 31.10.2000 sei diese nur noch um 0,09% gewachsen.

Zusätzlich sehen die Beijinger Regeln auch eine verbesserte Hilfe für Bedürftige vor. So sollen Paare mit nur einem Kind beim Eintritt in die Rente 1.000 RMB Yuan (ca. 120 US\$) erhalten. Und wenn das eine Kind stirbt oder durch einen Unfall arbeitsunfähig wird und die Eltern bis zu ihrem Ruhestand kein neues Kind bekommen oder adoptieren, dann sollen sie eine einmalige Hilfe von 5.000 Yuan (602 US\$) bekommen. Außerdem sollen Ein-Kind-Familien monatlich 10 Yuan Kindergeld bekommen, bis das Kind 18 Jahre alt ist. (XNA, 8., 24.8.03; RMRB engl. online, 8.8.03)

In einem Bericht des *Wall Street Journal* (1.8.03) wurde im Zusammenhang mit der Zunahme von In-vitro-

Befruchtungen auf die steigende Zahl von unfruchtbaren Paaren in China hingewiesen. Von 1997 bis 2001 habe sich die Zahl der behandelten Paare beinahe verzehnfacht, von 1.300 auf nahezu 12.000. In den nächsten zwei Jahren, so schätzt der Schweizer Pharmabetrieb Serono, werden 50% der Medikamente zur Bekämpfung von Unfruchtbarkeit, die in Asien verkauft werden, von chinesischen Kliniken abgenommen, derzeit seien es 40%. Schätzungen zufolge haben 11% aller Paare oder ca. 39 Mio. Menschen Empfängnisprobleme, während es vor fünf Jahren nur 9% waren. Diese Zahlen bewegen sich durchaus im internationalen Durchschnitt.

Nun stellt sich allerdings die Frage, ob tatsächlich die Zahl zugenommen hat oder nur mehr Betroffene mit ihren Problemen zum Arzt gehen. Beides dürfte der Fall sein: Einerseits werden die Schambarrieren langsam niedriger und die Akzeptanz medizinischer Eingriffe wächst, andererseits wird in Untersuchungen auch auf eine tatsächliche Zunahme aufgrund von Krankheiten oder belasteten Lebensmitteln hingewiesen. Hinzu kommen, was die IV-Befruchtungen betrifft, auch die großen Einnahmen auf Seiten der Kliniken. Hier will das Gesundheitsministerium einem Wildwuchs durch mehr Inspektionen begegnen. Von 32 in der Provinz Guangdong geprüften Kliniken wurden z.B. nur vier staatlich lizenziert. -gs-

17 Arbeitsmarkt für Intellektuelle weiter eng

Die Arbeitsmarktlage für Hochschulabsolventen ist weiterhin sehr angespannt, wobei die Gründe sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite liegen. So ist die Zahl der Absolventen in den letzten Jahren kontinuierlich um 10-30% gestiegen. Gab es nach Angaben des Erziehungsministeriums im Jahr 2002 noch 1,45 Mio. Absolventen allgemeiner Hochschulen, stieg deren Zahl 2003 auf 2,12 Mio. Für 2004 wird ein weiterer Anstieg auf über 2,5 Mio. vorhergesagt, da seit diesem Jahr die Jahrgänge Examen machen, die nach der Ausweitung der Immatrikulationen an den Hochschulen zu studieren begannen. Zugleich nahm die Zahl der angebote-

nen Arbeitsplätze ab. Transnationale Unternehmen wie Motorola z.B. sollen auf Grund der Weltwirtschaftslage schon 2002 im Vergleich zum Vorjahr nur noch 1/10 neue Stellen bereitgestellt haben. Nicht zuletzt deshalb nahm der Anteil der Absolventen, die auf Anhieb eine Anstellung fanden, von 65% im Vorjahr auf 50% ab. (GMRB, 4., 14.8.03)

Aber diese speziell für Intellektuelle geltende Situation wird noch verschärft durch die allgemein schlechte Arbeitsmarktentwicklung und die Auswirkungen von SARS. Eine die Probleme sehr offen ansprechende Analyse in der *Guangming Ribao* (4.8.03) gibt dazu einige Details und zeigt auch Wege aus der Krise auf.

- Einschließlich der Hochschulabsolventen suchen in diesem Jahr 10 Mio. neue Arbeitskräfte eine Anstellung, hinzu kommen 6 Mio., die von maroden und rationalisierenden Staats- und Kollektivbetrieben freigesetzt wurden, sowie 8 Mio. bereits registrierte Arbeitslose. Dabei hatte die Zahl der Freisetzungen (*zhigong xiagang*), mit denen 1998 begonnen wurde (vgl. Günter Schucher: „Probleme der Personalpolitik in staatseigenen Unternehmen“, in: C.a., 1998/7, S.741-752), gerade 2002 mit 10 Mio. einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Diesen insgesamt 24 Mio. Arbeitssuchenden stehen nur 10 Mio. freie Stellen zur Verfügung. Zusätzlich verschärft durch SARS ist die offizielle Arbeitslosenrate (in den Städten) von 4% im vergangenen auf 4,5% in diesem Jahr gestiegen (zum Vergleich: 1996 lag sie bei 3%, hielt sich dann bis 2000 bei 3,1% und stieg 2001 auf 3,6%). Die Zahl der überschüssigen Arbeitskräfte auf dem Lande liegt bei 150 Mio. oder sogar noch darüber.
- Durch SARS gehen in diesem Jahr möglicherweise 1,27 Mio. Arbeitsplätze verloren. So sank im 2. Quartal im Vergleich zum ersten die Zahl der Arbeitssuchenden zum 295.000 oder 12,8% und die Zahl der neu Angestellten um 201.000 oder 10,2%. Saisonbereinigt wird der Einfluss von SARS auf den geschrumpften Arbeitsmarkt mit 30% angege-

ben, womit sich ohnehin bestehende Widersprüche noch verschärfen und im zweiten Halbjahr der Druck auf die Beschäftigungssituation noch verstärken wird. Besonders betroffen sind die Freigesetzten und Arbeitslosen, die Wanderarbeiter sowie die Hochschulabsolventen; vor allem mobile und flexible Arbeitskräfte sollen Arbeitsmöglichkeiten verloren haben. Bei den Branchen haben die Reisewirtschaft, Dienstleistungen und Handel, Restaurants sowie das Transport- und Verkehrswesen Einbußen erlitten, mit anderen Worten vor allem der tertiäre Sektor. Hier sank (in 89 untersuchten Städten) die Arbeitskräftenachfrage im zweiten Quartal um 12,6% gegenüber dem ersten.

- Als Ausweg aus der Krise empfiehlt der Autor, der von der Redaktion in einem Nachwort nachdrücklich unterstützt wird, die Förderung des tertiären Sektors sowie der Privatbetriebe. Vor allem der tertiäre Sektor habe mit derzeit nur 27,5% Anteil an den Erwerbstätigen noch ein großes Entwicklungspotenzial. Notwendig sei aber auch eine Umstellung in den Berufswünschen seitens der Arbeitssuchenden; denn derzeit blieben noch 17% der zu besetzenden Stellen frei. Für die Unterstützung des Privatsektors wiederum, dessen Anstellungskapazitäten nicht zu vernachlässigen seien, sei eine „Befreiung des Denkens“ erforderlich, womit der Autor auf die nach wie vor bestehende Diskriminierung dieses Wirtschaftsbereichs (z.B. im Kreditwesen) hinweist.

Sichtlich beeindruckt von dieser angespannten Marktlage diskutierte die politische Führung Maßnahmen zur Ausweitung der Beschäftigung auf einem nationalen Symposium zur Wiederbeschäftigung am 15. und 16. August. Generalsekretär Hu Jintao nahm das Treffen zum Anlass für eine Rede und betonte, dass die Wiederbeschäftigung von Freigesetzten nicht nur deren persönliche Interessen betreffen, sondern für die gesamte Reform- und Entwicklungsfrage von Bedeutung ist. Partei und Regierung müssten die Bedeutung, die Dringlichkeit

und die Langfristigkeit dieser Aufgabe voll verstehen und sich ihr konkret widmen. Die entsprechenden hauptsächlichen Politiken und Maßnahmen liegen alle auf dem Tisch, jetzt kommt es auf deren Umsetzung an, wobei er folgende Aspekte anspricht: die Schaffung neuer Jobs vor allem durch Förderung arbeitsintensiver Industrien, die Ermutigung von Unternehmen zur Anstellung Freigesetzter und von Freigesetzten zur Eigeninitiative, die Steigerung der Kapitalinputs, die Ausweitung beruflicher Bildungsmöglichkeiten, die Verbesserung von Vermittlungsdiensten, die Überzeugung von Freigesetzten, sich auf einen weiteren Kreis von Jobs zu bewerben, sowie die Gewährleistung sozialer Sicherung. (RMRB engl. online, 17.8.03) -gs-

Außenwirtschaft

18 ASEAN+3-Mechanismus stärkt Entwicklung der regionalen Wirtschaftskooperation

Nach Einschätzung von Finanzminister Jin Renqing hat die engere regionale Zusammenarbeit in Ostasien die Handels- und Investitionsbeziehungen innerhalb der Gruppe der ASEAN+3-Gruppe gestärkt. Beispiel sei die Ausweitung des Außenhandels zwischen China, den ASEAN-Ländern, Japan und Korea in den letzten Jahren. Während die Weltwirtschaft durch starke Fluktuationen wesentlich beeinträchtigt sei, habe die zunehmende Kooperation zwischen den ASEAN+3-Ländern eine stabilisierende Funktion gespielt. (XNA, 8.8.03)

Neben den engeren Handelsbeziehungen verstärkte sich auch die Kooperation im Finanzsektor. Wie der chinesische Finanzminister auf dem Treffen der ASEAN+3-Mitgliedsländer im August d.J. hinwies, nimmt die Entwicklung eines asiatischen Anleihemarktes Gestalt an. Dieser Markt werde sich in drei Phasen entfalten, und zwar 1) Reformen und Qualitätsverbesserung der jeweiligen nationalen Anleihemärkte, 2) Öffnung des nationalen Anleihemarktes für Mitgliedsländer, um die schrittweise Integrati-

on der Märkte voranzubringen, und 3) die Herausbildung eines einheitlichen Regionalmarktes. Derzeit hätten jedoch erst wenige Mitgliedsländer die zweite Phase erreicht, und die meisten würden noch an der Qualitätsverbesserung ihrer nationalen Märkte arbeiten. (XNA, 8.8.03)

Kooperationsanstrengungen gibt es auch im Bereich der Agrarwirtschaft. So trafen sich Ende August die Landwirtschaftsminister der ASEAN+3-Mitgliedsländer in Kuala Lumpur, um über die Zusammenarbeit in diesem Bereich zu diskutieren. Die Kooperation erstreckt sich bisher auf die Bereiche Nahrungsmittelsicherheit, Forschung und Entwicklung, Fischzucht und Forstwirtschaft sowie Pflanzenanbau, Fachkräfteentwicklung und Erleichterungen im Agrarhandel. Da Reis als eines der wichtigsten Nahrungsmittel für den Hauptteil der Bevölkerung in den Mitgliedsländern angesehen wird, einigten sich die Minister auf die Einrichtung eines „East Asia Emergency Rice Reserve System“. (XNA, 22.8.03)

Längerfristig betrachtet haben die ASEAN-Länder stark von der Ausweitung der chinesischen Importnachfrage profitiert. So konnten diese Länder ihre Lieferungen in den vergangenen zehn Jahren um das 8fache erhöhen, während Japan und Westeuropa Anteilsverluste hinnehmen mussten. Während vor 10 Jahren erst 5,8% aller chinesischen Importe aus der ASEAN-Region kamen, stieg dieser Anteil bis zum 1. Halbjahr 2003 auf 13,1%. Dagegen gingen die Anteile Europas von 23,1% auf 17,4% und die Japans von 22,4% auf 18,2% zurück. Die Anteile Nordamerikas (11,6% auf 10%) reduzierten sich dagegen deutlich weniger und Lateinamerikas (1,8% auf 3,2%) Anteil stieg leicht an.

Deutschland konnte zwar im 1. Halbjahr 2003 seine Lieferungen nach China um 53,7% erhöhen, im langfristigen Vergleich blieb der deutsche Anteil jedoch nahezu unverändert (+0,1% auf 5,9%). Dagegen büßten andere europäische Länder Anteile am chinesischen Import ein, und zwar Frankreich (1,6% auf 1,4%), Italien (2,6% auf 1,4%) und Großbritannien (1,6% auf 0,9%). Deutschland nimmt den Rang fünf der wichtigsten Lieferländer Chinas ein, während Großbritannien

auf Rang 21 zurückfiel. (NfA, 14.8.03) -schü-

19 Russland will Veränderung in bilateraler Handelsstruktur

Während eines Zusammentreffens zwischen dem chinesischen NVK-Vorsitzenden Wu Bangguo und dem russischen Staatsratsvorsitzenden Mironov Anfang August wurde u.a. über die weitere wirtschaftliche Zusammenarbeit diskutiert. Aus Sicht von Wu Bangguo bringt die engere Kooperation für beide Länder erhebliche Vorteile; Wu regte vor allem die Ausweitung der bilateralen Handelsbeziehungen an. Durch die Unterzeichnung des bilateralen Kooperationsabkommens im Jahre 2001 sei ein stabiler Rahmen für die weitere Entwicklung der gemeinsamen Wirtschaftsbeziehungen geschaffen worden. (XNA, 4.8.03)

In einem Gespräch mit Premierminister Wen Jiabao forderte Mironov, dass sich die bilaterale Handelsstruktur in den nächsten Jahren verändern sollte. Derzeit gebe es eine unausgeglichene Handelsstruktur, da der überwiegende Teil der russischen Exporte nach China aus Rohstoffen, Halbfertigprodukten sowie Militärgütern bestehen würde. Wichtig ist nach Mironov, dass russische Maschinenbauprodukte Zutritt zum chinesischen Markt erhielten. Auch Russland habe seinen Markt für derartige Produkte aus China geöffnet. Auch die russischen Exporte von Polyvinyl-Chloride sowie von kaltgewalztem Stahl sollten nicht beschränkt werden.

Als weitere Erfolg versprechende Bereiche nannte Mironov die Kooperation bei Ingenieursleistungen für Kernkraftwerke und sonstige Kraftwerke sowie in der zivilen Luftfahrt. Im Erdöl- und Erdgassektor bestehe bereits eine Zusammenarbeit, die weiter ausgebaut werden sollte. Mironov äußerte seine Erwartung, dass Russland Priorität bei der Lieferung von Ausrüstungen für den Bau der West-Ost-Erdgaspipeline erhalten werde. (BBC PF, 5.8. und 27.8.03)

Während des Besuchs von Mironov bei Wen Jiabao wurde auch der Bau einer Erdölpipeline von Russland nach China angesprochen. Derzeit läuft eine von Russland durch-